



Freie Apothekerschaft fordert Streik!

Von Pressemitteilung

Erstellt am 13 Jun 2012 - 14:48

Die deutsche Apothekerschaft wird von der Politik nach wie vor heftig drangsaliert. Immer noch warten die deutschen Apotheker auf eine Anhebung ihrer seit Jahren mehr als mickrigen Honorare. Zu allem Überfluss lobt der Bundesgesundheitsminister Daniel Bahr (FDP) nun auch noch die ausländischen Versandapotheken, der Gesundheitsausschuss des deutschen Bundestages rühmt amerikanische Gesundheitskonzerne und lässt sich die Reise nach Übersee vom deutschen Steuerzahler bezahlen. In keiner Weise wird hingegen die deutsche Apothekerschaft vom Bundesgesundheitsministerium, vom Gesundheitsausschuss oder den Abgeordneten des deutschen Bundestages positiv erwähnt. Aus Sicht der Freien Apothekerschaft e.V., einem Zusammenschluss der selbständigen Apotheker in Deutschland, ein politischer Affront.

Seit über acht Jahren sind die selbständigen Apotheker die einzigen Leistungserbringer im Bereich der Gesetzlichen Krankenversicherung, die weder einen Inflationsausgleich erhalten, geschweige denn eine Honoraranpassung bekommen haben. Diese müsste bei mindestens zehn Euro für die Abgabe einer Packung zu Lasten der Gesetzlichen Krankenversicherung, abzüglich eines Kassenabschlags von höchstens 1,60 Euro, liegen. Während die Politik den Apothekern wieder keine Honorarerhöhung gewährt, genehmigen sich die Abgeordneten des Deutschen Bundestags in diesem und im nächsten Jahr eine ordentliche Erhöhung ihrer Diäten, die Landtagsabgeordneten in NRW gönnen sich einen Zuschlag zu ihrer Rente. Selbstbedienung vom Feinsten.

Die deutschen Apotheken erwirtschaften für die Krankenkassen Milliardenbeträge bei der Umsetzung der so genannten Rabattverträge. Geld, das die Krankenkassen unter anderem zur Zahlung von Boni für ihre Vorstände verwenden. Die Freie Apothekerschaft betrachtet dieses Vorgehen als Veruntreuung von Mitgliedsbeiträgen.

Besonders dreist ist dieses Verhalten vor dem Hintergrund der Tatsache, dass die selbständigen deutschen Apotheker noch immer nicht wissen, was sie in den Jahren 2009 und 2010 verdient haben. Denn die Gesetzlichen



Krankenkassen haben gegen den Schiedsspruch der Schiedsstelle in Sachen Kassenabschlag Einspruch erhoben. Anders als bei der Schiedsstelle der Ärzte ist den Krankenkassen ein Einspruch gegen den Schiedsspruch möglich. Bis zur Entscheidung eines Bundesgerichts dürften vermutlich Jahre vergehen. Ein weiterer politischer Skandal. Die Freie Apothekerschaft fordert ein sofortiges Einschreiten des Bundesgesundheitsministeriums, eine Änderung der Gesetzgebung und endlich eine Gleichbehandlung mit den Ärzten.

Offenbar gibt es im Bundesgesundheitsministerium eine heftige Aversion gegen die deutschen Apotheken. Anders kann es nicht interpretiert werden, dass man sich in Berlin immer wieder neue Gesetze zur Beschränkung deutscher Apotheken einfallen lässt. Jüngstes Beispiel ist die neue Apothekenbetriebsordnung. Wieder einmal rechnet sich die Politik die Kosten schön, die auf die Apotheken zukommen werden. Die Apotheken werden nochmals mit zusätzlicher - kostenintensiver - Bürokratie konfrontiert, in manchen Apothekenräumen geht es bereits zu wie in einer Anwaltskanzlei. Möglicherweise ist ja an den Gerüchten etwas dran, dass es auch persönliche Ressentiments der politischen Entscheider gegen die Führung der so genannten Interessenvertretung ABDA (Bundesvereinigung Deutscher Apothekerverbände) gibt.

Beim die ausländischen Versandapotheken betreffenden Wirrwarr um die Mehrwertsteuer macht sich das Finanzministerium schon seit einiger Zeit zunehmend lächerlich. Denn das Finanzministerium kann nicht einmal die eigene Gesetzgebung umsetzen. Jetzt müssen Finanzgerichte klären, welche Mehrwertsteuer in welchem Land gilt und wer was an welchen Fiskus zu zahlen hat. Bislang nutzen die ausländischen Versandapotheken das Mehrwertsteuergefälle zwischen Deutschland und den Nachbarländern. In die skandalösen Zustände sind auch die deutschen Krankenkassen verstrickt: Sie empfehlen immer öfter ihren Versicherten, die ihnen verordneten rezeptpflichtigen Arzneimittel doch bitte im Ausland zu bestellen. Ein weiterer Affront gegenüber der deutschen Apothekerschaft, der es durch Verträge mit den Krankenkassen untersagt ist, den Versicherten eine andere - eventuell preisgünstigere und leistungsstärkere - Krankenkasse zu empfehlen. Deutsche Apotheken müssen die zu Lasten der Gesetzlichen Krankenkassen abgegebenen Arzneimittel, deren Wert monatlich manchmal 100.000 Euro oder mehr betragen kann, bis zu sechs Wochen vorfinanzieren. Das entspricht Zinsen in dreistelliger Millionenhöhe. Würden die Apotheken diese Praxis einstellen, wären die Krankenkassen vermutlich innerhalb



weniger Monate zahlungsunfähig.

Die Politik muss in Sachen "Versandhandel mit Arzneimitteln" schnellstens ein eindeutiges und umsetzbares Gesetz mit entsprechender Rechtssicherheit verabschieden, das diese Handelsform verbietet (wie bei Tierarzneimitteln bereits geschehen) und so die deutschen Patienten und Verbraucher schützt. Ausländische Versandapotheken beteiligen sich aktiv am Markt der GKV (Gesetzlichen Krankenversicherungen) und werden belohnt und bevorzugt. Denn sie müssen sich finanziell nicht an der Notdienstversorgung beteiligen, außerdem bleiben ihnen die Anfertigung individueller Rezepturen, die seit kurzem noch einzeln dokumentiert und protokolliert werden müssen, und das Zuschussgeschäft bei den Betäubungsmitteln erspart. Auch die deutsche Apothekenbetriebsordnung müssen diese Arzneimittellieferanten nicht beachten.

Eine Einmischung der EU in Brüssel ist nicht zu befürchten, da jedes Land im Gesundheitswesen (noch) autark agieren kann. Auch der immer wieder bemühte Vorwand von verfassungsrechtlichen Bedenken ist nicht haltbar. Rechtsexperten haben schon mehrfach und erst kürzlich wieder darauf hingewiesen, dass ein Verbot einzig und allein eine Entscheidung der Abgeordneten des deutschen Bundestages ist. Weder Italien noch Spanien noch Frankreich noch Holland lassen sich Arzneimittel in ihr Land schicken. Warum Deutschland? Diese Frage hätten die Apotheken gerne von den politisch Verantwortlichen beantwortet. Dass die deutschen Apotheken im Arzneimittelbereich ein Monopol hätten, ist durch die Versandapotheken und die verschiedenen Vertriebskanäle wie Pickup, Vorteil24 usw. eindeutig widerlegt. Die Gesetzeslage sorgt weiterhin für massive Rechtsunsicherheit. Bei so viel Dilettantismus stellt sich die Frage, wofür die Minister und Staatssekretäre in den Ministerien bezahlt werden.

Durch die nach wie vor fehlende - und dringend notwendige - Anpassung eines angemessenen Honorars schließen zunehmend mehr Apotheken und Filialapotheken. Für die Apotheken besteht derzeit bei den gesetzlichen Krankenkassen eine Handelsspanne von durchschnittlich 15,6 Prozent. Auf der Kostenseite schlägt dieser Bereich jedoch mit annähernd 20 Prozent zu Buche. Es ist mehr als verwunderlich, wenn Staatssekretäre des Bundesgesundheitsministeriums und Gesundheitsausschüsse immer noch nicht einsehen, dass die Apotheken dringend ein höheres Honorar benötigen. Einen Mercedes fahren, aber nur für einen Trabant bezahlen wollen, das mag zwar in einer sozialistischen Marktwirtschaft funktionieren, nicht aber bei



deutschen Apotheken. Deren Inhaber haften samt und sonders mit ihrem privaten Vermögen.

Aus den oben angeführten Gründen und der negativen Haltung des Bundesgesundheitsministeriums gegenüber den deutschen Apotheken empfiehlt die Freie Apothekerschaft der Interessenvertretung ABDA dringend, endlich einen längst überfälligen Streik zu organisieren und durchzuführen. Die überwiegende Mehrheit der Apotheker ist - wie Umfragen belegen - zum Streik bereit. Zwar haben die Apotheken den gesetzlichen Auftrag, die Bevölkerung flächendeckend und rund um die Uhr mit Arzneimitteln zu versorgen. Aber ebenso hat die Politik, die diesen Auftrag vergeben hat, die Verpflichtung, im Gegenzug für einen ausreichenden finanziellen Rahmen bei den Apotheken zu sorgen. Dieser ist aktuell aber nicht mehr gegeben. Für die deutschen Apotheker ist es höchste Zeit zu handeln, wollen sie ihre Existenz nicht weiter aufs Spiel setzen. Die Standesvertretung ist aufgefordert, entsprechende Schritte in die Wege zu leiten.

Aktuelles Bildmaterial finden Sie unter

<http://www.freie-apothekerschaft.de/presse/pm0612.jpg> [1]

Die Bilder dürfen Sie rechtfrei gerne verwenden. Wir freuen uns über Zusendung eines Belegexemplars (gerne auch digital) oder eines Beleg-Links.

Für die Freie Apothekerschaft e.V.

Frau Dr. Helma Gröschel

1. Vorsitzende

- [Gesundheit und Vorsorge](#)

Quellen URL (aufgerufen am 31 Dez 2020 - 02:16): <http://medkom24.eu/node/16402>

Links:

[1] <http://www.freie-apothekerschaft.de/presse/pm0612.jpg>